

P.b.b. - Zulassungsnr.: 07Z037282M - Verlagspostamt: 6020 Innsbruck



# TIVOLI

Tirol - Vorarlberg - Links

**SOLIDARITÄT** mit meinem Postamt  
mit meinem/r Postler/in

"Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben."

www.postsoli.at

DAMIT DIE POST ABBEHT:

Viel Erfolg im Neuen Jahr

## SÄBELRASSSELN - DER FALSCHER WEG?

**Am 10.12.08 kam es bei der Post zu Warnstreiks. Zur Erinnerung: Post-Generaldirektor Wais hatte ein "EU-Briefpost-Liberalisierungs-Fitnessprogramm" mit einem Minus von 9000 PostbeamtInnen und 900 Postämtern im Auge. Alt-Infrastrukturminister und Neokanzler Faymann hat die Schließung der Postämter zeitlich bis zum 30. Juni 2009 – also einem Zeitpunkt nach den AK-Wahlen – ausgesetzt.** Josef Stingl

Dem „Weihnachtsfrieden“ ist nicht zu trauen, denn jetzt sollen diese Postämter mit schmackhaften Prämien in Post-Partnershops umgewandelt werden, nur dort arbeiten natürlich weder PostbeamtInnen noch Postbedienstete. Lohndruck wäre das Mindeste was bei diesem Vorgehen herauskommen würde. Abgesehen davon, was mit den zahlreichen PostlerInnen die derzeit

in den betroffenen Postämtern arbeiten geschieht. Was passiert, wenn die Partnershops infolge nicht gewinnträchtig sind und dann von den privaten BetreiberInnen geschlossen werden? Die PostlerInnen haben daher einen Tag vor der entscheidenden Aufsichtsratssitzung ihre Warnstreiks abgehalten. Für den Post-Generaldirektor der falsche Weg und die neue Regierung ließ



durch Finanzstaatssekretär Lopatka ausrichten, dass Säbelrasseln von seiten der Gewerkschaft äußerst kontraproduktiv wäre und jeder Grundlage entbehre. Widerstand ist notwendig, und das auf allen Ebenen, in der Gewerkschaft durch Kampf um jeden Arbeitsplatz, in den Gemeinden im Kampf um jeden Postamt-Standort und von jeden/r Einzelnen durch Solidarität für seinen/ihrem Postler/in und Postamt.

Die Warnstreiks waren daher zu begrüßen, das FCG-Volksbegehren gegen die Zerschlagung der Post durch einen verfassungsrechtlichen Schutz der Postversorgung ebenfalls, sowie die zahlreichen Gemeinderesolutionen zum Erhalt ihres Postamtes und Einzelinitiativen verschiedener Organisationen.

Eine dieser Initiativen ist die an die Bundesregierung gerichtete Petition "**Solidarität für mein Postamt – Solidarität für meinem/r Postler/in**" der westlichen GLB-Gruppen Tirol und Vorarlberg. Sie fordern darin die **Rückführung der Post und Telekom in öffentliches Eigentum** und den **verfassungsmäßigen Schutz** derselben, die **Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung** mit ausreichend Personal- und Filialnetz, einen **Branchen-Kollektivvertrag mit einem gesetzlichen Mindestlohn** von zehn Euro pro Stunde und die **Aufhebung der Liberalisierungsrichtlinien der EU**.

Die Petition kann am Papier und im Internet unterstützt werden, mehr dazu beim GLB, Gumpfstraße 36, 6020 Innsbruck und auf [www.postsoli.at](http://www.postsoli.at).

## EU-REFORMVERTRAG EIN VERTRAG GEGEN UNS BÜRGERINNEN?

Dieses Machwerk entstand aus mehreren Gründen, nämlich aus:

1. **Legitimationsmangel**, weil die Eliten der EU zur Kenntnis nehmen mussten, dass sie über keinerlei Legitimation verfügten, derartige Rechtsvorschriften zu erlassen, wie sie es Jahre hin-

durch taten. Es ist nach wie vor völkerrechtlich nicht nachvollziehbar, allen Mitgliedstaaten übergeordnete, verbindliche Gesetze aufzupressen, die vorrangig, vor ihren einzelstaatlichen, nationalen Gesetzen sind. Dazu brauchten sie gezwungenermaßen eine absolute und allumfassende (Es geht weiter auf Seite 4)

# UNSERE RECHTE NICHT BESTÄTTEN

**Betriebsrat für TransitarbeiterInnen? So etwas wollen wir nicht im Ländle. Diesen Eindruck mussten jedenfalls jene KollegInnen bekommen, als sie einen Betriebsrat bei der Arbeitsinitiative Feldkirch (ABF) wählten. Bis dorthin hat die Geschäftsführung die Wahl im Vorfeld offenbar nicht ernst genommen.**

Axel Nimtz

Nach der Wahl jedoch hat sie diese sofort beim Arbeitsgericht angefochten und hat den Wahl-



vorstand nicht für die notwendige Zeit zur Vorbereitung der Wahl freigestellt, sondern den Mitgliedern die Stunden von ihrem kärglichen Lohn auch noch abgezogen. Mit Aktionen vor der Arbeitsinitiative in Feldkirch und in Altach, dessen Bürgermeister Brändle betonte, wie wichtig ihm Betriebsräte wären und alles bei der Arbeitsinitiative in Ordnung sei, protestierte der GLB für die Einhaltung der Arbeitsverfassung auch bei ABF.

## Höchsttarife nicht nur für Bestattungsinstitute

AK-Direktor Keckeis vermutet, dass bei Bestattungsinstituten der Verdacht besteht, diese würden eine für die Verbraucher nachteilige Preispolitik betreiben und fordert daher vom Landeshauptmann, Höchsttarife für diese Branche (Grundlage laut Keckeis: Gewerbeordnung). Den Verdacht haben wir allerdings bei vielen Branchen, von den Mineralölspekulanten bis zum Lebensmittelhandel.

Da immer mehr nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, fordert der GLB die amtliche Preisregelung für Grundnahrungsmittel, Wohnen und Energie! Und unterstützt AK-Präsident Hämmerle, der feststellt, Einmalzahlungen anstelle nachhaltiger

Lohnerhöhungen sind für die AK nicht akzeptabel, es braucht Lohnerhöhungen deutlich über vier Prozent. Es sind ja genug KammerrätInnen der großen Fraktionen auch GewerkschaftsfunktionärInnen – wir warten schon gespannt, ob diese Forderung bei den laufenden Verhandlungen auch umgesetzt wird oder es sich dabei nur um Vorwahlkampfgeplänkel handelt.

## Bahn braucht Personal vor Ort

Ein Skandal sondergleichen ist die geplante Verlegung der Fahrdienstleitung von Vorarlberg nach Tirol und der Wunsch der Bahn, Bahnhöfe nicht mehr mit Personal besetzen zu wollen. Von Umweltschutz zu reden und gleichzeitig älteren, behinderten

– aber auch allen anderen Fahrgästen – verstehen zu geben, dass sie eigentlich bei den ÖBB nicht erwünscht sind, wenn sie sich nicht ihre Fahrkarten selbst über Automaten, Internet etc. besorgen, geht zu weit. Auch tausende PendlerInnen fühlen sich sicherer auf besetzten Bahnhöfen. Daher muss sich die AK entschieden gegen diesen Einsparungswahn der ÖBB, die bei Spekulationen ganz andere Beträge verliert, aufzutreten.

## GLB als soziales Gewissen und Kontrolle

Unter dem Motto „Damit man draußen weiß, was drinnen vorgeht“ kandidiert der GLB mit KollegInnen, die keine Multifunktionäre sind, die sich keiner „Sozialpartnerschaft“, sondern ausschließlich den Beschäftigten und damit den AK-Mitgliedern verpflichtet fühlen. Deren Interessen möchten sie auch in die Vorarlberger AK einbringen. Daher sammelt der GLB zurzeit die für eine Kandidatur erforderlichen Unterstützungserklärungen und ersucht bei der AK-Wahl um Ihre Stimme.

## AK-WAHL: GLB KANDIDIERT IN VORARLBERG UND

*Im Westen gibts Neues - die KollegInnen des Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) haben ihre AK-Wahlvorschläge eingebracht. In Vorarlberg wurde der Wahlvorschlag mit dem 57-jährigen deutschen Spitzenkandidaten Axel Nimtz von 327 Unterstützungserklärungen und in Tirol mit dem 48-jährigen Koch Josef Stingl mit 376 Unterstützungserklärungen (jeweils 300 notwendig) eingereicht.*

Die Kollegen Nimtz und Stingl danken den HelferInnen und UnterstützerInnen für die Absicherung der Wahl. Axel

*Nimtz meinte, dass der GLB in Vorarlberg und in Tirol unter dem Motto „Damit man draußen weiß, was drinnen vorgeht“ mit KollegInnen, die keine Multifunktionäre sind, kandidiere. „Schluss mit der Sozialpartnerschafts-Packelei, wir müssen wieder offensiv für die Interessen der Berufstätigen kämpfen, in Vorarlberg in Tirol und in ganz Österreich, das gilt für AK und Gewerkschaften.“*

Der Tiroler Spitzenkandidat Josef Stingl kritisiert ebenfalls das „sogenannte Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft“. Für ihn ist



Foto: Dietmar-Ludwig Waldhelm  
Links im Bild: Axel Nimtz - Rechts

die „Postkrise“ ein klassisches Beispiel verkehrter Wirtschaftspolitik unter der Mitwirkung der Sozialpartner: „Filetieren, ausgliedern, privatisieren, liberalisieren, und zerschlagen. Gewinne werden so privatisiert, Verluste vergesellschaftet!“

„Der GLB bringt immer wieder aktuelle Anliegen der Arbeitswelt zur Sprache. Trotz fehlender Kammerfunktion ist es beispielsweise in Tirol gelungen die AK mit einem Initiativantrag gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens aktiv werden zu lassen und ein Tiroler Volksbe-

GLB-ONLINE

[www.glb.at](http://www.glb.at)  
[www.imzoom.info](http://www.imzoom.info)  
[glb@imzoom.info](mailto:glb@imzoom.info)

GLB-POST-AKTION

[www.postsoli.at](http://www.postsoli.at)



# AK-TIROL: WAS STECKT DAHINTER?



Person im Bild: Josef Stingl

**Vom 2. bis 13. März 2009 wird in Tirol die neue AK-Vollversammlung gewählt. 70 Mandate (derzeit ÖAAB-FCG 44, FSG-SPÖ 17, Grüne GewerkschafterInnen 5, Liste Soli-Tirol 2 und Freiheitliche Arbeitnehmer 2) werden neu verteilt. Der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) will nach 50 „kammerlosen“ Jahren wieder den Einzug in die Vollversammlung schaffen.**

Josef Stingl

Die Arbeiterkammer: Wer kennt sie nicht? Wer ein arbeitsrechtliches Problem hat, lässt sich von ihr vertreten. Wer eine Auskunft zum Mietvertrag, zur Kranken- oder Arbeitslosenversicherung oder zu einem Kaufvertrag braucht, die AK ist der erste Ansprechpartner. Gleiches gilt beim KonsumentInnenenschutz, bei Fragen und Förderungen der eigenen Aus- und Weiterbildung und der Kinder. Aber, war's das schon?

Nein, ein wichtiger Teil der Kammer wird meist verschwiegen - sie ist auch die politische Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen. Wenn wir über die Teuerung klagen, die AK hätte mit ihrem Gesetzesinitiativrecht die Möglichkeit mit Preisregulierungsforderungen zum Gegenwirken gehabt. Gleiches gilt für die Wohnkosten, für den fehlenden gesetzlichen Mindestlohn oder Sozialstandards.

Ebenfalls von der Öffentlichkeit unbemerkt, ist die politische Instanz der AK, also der Kammer-Vollversammlung - in Tirol und Vorarlberg ungewöhnlicherweise schwarz dominiert. Damit die AK-RätInnen - und das gilt sowohl für die Schwarzen als auch die Roten - gar nicht in die Verlegenheit kommen, gegen die Interessen ihrer Partei agieren zu müssen, werden die realpolitischen Maßnahmen eben schmal gehalten. Damit sie den Mitglieder ihre Schmalspurvertretungsarbeit nicht erklären müssen, wird eben das Arbeiterparlament der Öffentlichkeit verschwiegen.

Daraus ergibt sich, dass die Vollversammlung auch nicht oft tagen muss, sechsmonatlich, also zweimal im Jahr(???) treffen sie sich, dazwischen „verhandeln“ sie - demokratiepolitisch

unlegitimiert - sozialpartnerschaftlich mit Gewerkschaft, Handelskammer, Landwirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Teuerung, Massensteuern, Lohn- und Abgabenquoten zeigen, in welche Richtung diese Verhandlungen gehen.

**Die AK ist zahm,  
in Tirol auch lahm!**

Auch in Tirol das Positive voran: Nirgends in Österreich hat die AK einen höheren Bekanntheitsgrad wie in diesem Bundesland. Die Ursache liegt beim ehemaligen AK-Präsidenten Fritz Dinkhauser. Mit Millionen von Mitgliedergeldern wird seit Jahren, jedem/r Kammermitglied „kostenlos“ die mit eigenen AK-Deckblatt versehene Zeitschrift „Konsument“ zugesandt - darüberhinaus werden ständig zahlreiche Print-, Hörfunk- und Televisions-Medien für Werbung mit nicht unbeträchtlichen Mitgliedsbeiträgen gefüttert. Nicht zu vergessen, bei allen Werbemaßnahmen durfte natürlich nicht das Konterfei Dinkhausers und jetzt des neuen AK-Präsidenten Erwin Zangerl fehlen.

Diese Imagekampagnen waren es auch, die Dinkhauser für sich kostenlos bei der Landtagswahl nutzte und so mit einer schwarzen Protestliste einen fulminanten 18-Prozent-Wahlerfolg einfahren konnte. Außerdem ist sein Finanzgebaren beim lockeren Umgang mit seinen Fraktionsgeldern überprüfungswürdig. Sie wurden teilweise direkt in ÖVP-Kassen umgeleitet - beim Umgang mit Ausgaben wie „Schwarzbeschäftigte“, Geburtstagsgeschenke und Spesen und bei der fragwürdigen Entlassung des

AK-Direktors Hirner, die bereits Unsummen verschlungen hat.

**AK wahl  
2009**

Die Oppositionsfraktionen FSG, Grüne, FA und Soli haben Dinkhausers lockere Geldverteilung oft kritisiert, aber gleichzeitig den Rechnungsabschlüssen immer zugestimmt. Der GLB hat beim Abgang Dinkhausers, die Kontrolle durch den Rechnungshof (für die Überprüfung der AK zuständig) verlangt, dazu konnten sich weder Sozialdemokraten, noch Grüne, Freiheitliche oder die Liste Soli durchringen. Warum auch, die FSG war mit einem Machtstreit über ihren neuen Spitzenkandidaten bei der kommenden AK-Wahl beschäftigt, die Grünen mit der kommenden Landtagswahl und von den Freiheitlichen war ohnehin über die gesamte Amtszeit wenig zu bemerken.

Zusammengefasst, die Tiroler Arbeiterkammer braucht in der Vollversammlung dringend eine linke Alternative, die alle Entscheidungen der ÖAAB/FSG-Mehrheit auf die Interessenverträglichkeit für die AK-Mitglieder prüft. Die Arbeiterkammer braucht dringend eine konsequente Kontrolle. Wir vom GLB, mit für die ArbeiterInnenklasse repräsentativen Liste (Frauen und Männer, MigrantInnen und InländerInnen, Lehrlinge und FacharbeiterInnen, ...) wollen dies sein.

**Impressum:** Medieninhaber und Herausgeber: KPÖ, 6020 Innsbruck, Gumpfstraße 36, <http://tirol@kpoe.at>, [tirol@kpoe.at](http://tirol@kpoe.at)

## IN TIROL

gehen gegen den Regress bei der Tiroler Grundsicherung durchzusetzen. Angehörige von stationären Pflegebedürftigen sind dadurch ab 1. Jänner 2009 von der Regresspflicht für die Pflegekosten befreit. Das heißt schon ohne Kammerrat ist es uns gelungen Tages- und Sachpolitik mitzugestalten Vieles mehr wäre möglich, wenn wir in den Gebietskörperschaften der AK vertreten wären. Und das wollen wir bei der AK-Wahl erreichen!“ so der Tiroler GLB-AK-Wahl-Spitzenkandidat Josef Stingl.

# EU-REFORMVERTRAG- EIN VERTRAG GEGEN UNS BÜRGERINNEN?

(Fortsetzung von Seite 1)

sende Legitimation in Form einer Verfassung oder eines anderen Vertrages mit gleichwertiger Gesetzeskraft, der von allen Mitgliedsländern rechtskräftig unterschrieben wird.

2. **Festlegung der neoliberalen Wirtschaftsfreiheiten und Wirtschaftsinteressen** durch freien und ungehinderten Personen, Waren - und Kapitalverkehr. Das Entstehen eines freien Binnenmarktes mit unverfälschtem Wettbewerb ist in allen Bereichen sehr problematisch. Betrachtet man allein nur die landwirtschaftliche Situation Österreichs, muss sofort klar werden, dass das absolut untaugliche Instrumente für unsere BürgerInnen sind.

3. **Festlegung einer außen- und sicherheitspolitischen Machtposition** im weltweiten Wettlauf um Ressourcen durch politische und militärische Eigenkompetenzen. Die Schaffung einer gesetzlichen Aufrüstungspflicht aller Mitgliedstaaten, eines Anschubfonds, einer „Verteidigungsagentur“ und eines Sicherheitspolitischen Komitees sind die Folgen solcher unlegitimen Bestrebungen.

4. **Feststellung und Beibehaltung des EURATOM Vertrages** ohne weitere Einschränkungen seit der Gründung 1958. Beweis: Siehe z.B. intensives Lobbying

der EU- Kommission für die Atomenergie: „ Aktualisierung des Nuklearprogramms der Kommission“ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction>.

5. **Bemäntelung** für jene Personen, die mit Lug und Trug, mit

gar selber eingestehen.

7. **Rückdrängung** der Errungenschaften in arbeitspolitischen und **gewerkschaftlichen Bereichen**. Es ist kaum erträglich, wie Arbeitszeitrichtlinien und Dienstleistungsrichtlinien der EU

## Linkes Gespräch mit Rudolf Weiß Wer will in Wahrheit den EU-Reformvertrag?

19. Jänner 2009

19.00 Uhr

Universität Innsbruck | GEIWI | Hörsaal 3 | Innrain 52

ihrer Unredlichkeit und Falschheit jedes Jahr **Milliarden** Euro unserer Steuergelder ungestraft verschwinden lassen können. Der Reformvertrag ermöglicht erst diese Verbrechen in ungeahntem Ausmaß, da diesbezüglich keine greifenden Instrumentarien und Maßnahmen im Reformvertrag vorgesehen und eingebaut sind. Die eigens erst nach langem Zögern geschaffene Betrugsbekämpfungseinheit „OLAF“ ist genau so nicht in der Lage, wie die anderen Organe der EU, der maßlosen Verschwendung und der unglaublich großen und frechen Betrügereien wirkungsvoll entgegenzutreten.

6. **Eindämmung und Reduzierung basisdemokratischer Bestrebungen** der BürgerInnen insbesondere in sozialen Bereichen. Diesen groben Mangel mussten die Eliten der EU schließlich so-

in Gesetzestexte gegossen werden, weil sie sich immer und mit verheerender Wirkung gegen die ArbeitnehmerInnen richten. Siehe jüngste Aktionen gegen die EU-Arbeitszeitrichtlinien, Aufweichen des Kollektivlohns, Öffnen der Türen und Tore zu Lohn-dumping, siehe Fritzs Bolkestein, Vermindern der sozialen Sicherheit durch heimtückische Schlupflöcher und Möglichkeiten in den Gesetzestexten usw.

8. Dem **Verlangen** jener

„Führungsnationen“, die **Stimmgewichtung** zu ihren Gunsten zu verändern. Der Ruf nach einem „Kerneuropa“ mit Führungsqualität ist im entscheidenden Widerspruch zum „Vereinten Europa“ und insbesondere der Gründerväter der EU der „Paneuropabewegung“. Das berührt selbstverständlich ganz besonders jene Mitgliedstaaten, die „untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit im nicht ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der UNION begründen wollen“. Dies ist daher auch im militärischen Bereich festzustellen. Somit sind das jene Staaten, die über ein besonders aktives und ausgerüstetes Militärpotential verfügen.

Daher ist dieses Vertragswerk mit seinen gravierenden Fehlern entschieden abzulehnen.

Ein Ablehnen des Reformvertrages ist jedoch nicht mit einer „antieuropäischen Haltung“ gleichzusetzen, wiewohl dies aber immer von Vertretern der EU propagandamäßig behauptet wird.

Rudolf Weiß

## KRUZIFIX, HALBMOND UND DAVIDSTERN

Ein blasphemisches Gespenst geht um in Tirol. Das ist die Forderung der Wegnahme des Kruzifixes in den Schulklassen. Ein Aufschrei war die Folge und hat kirchliche und schulweltliche Instanzen dazu bewogen, Stellung zu nehmen.

Von der AKS (Aktion kritischer Schüler) als kleiner Schneeball losgetreten, ist diese Diskussion nun allmählich zur aufgeblasenen Luftlawine mutiert. Alle fühlen sich berufen, diesem heiligen Kruzifix die Stange zu halten. Mehr noch, über die famose Idee, neben dem christlichen Glaubenssymbol auch andere aufzuhängen, wie zum Beispiel den türkischen Halbmond oder den Davidstern, wird nachgedacht, auf dass auch ja kein Gott beleidigt sei.

Ach, was schert dies den lieben Gott, ob sein Sohn öffentlich am Kreuz hängt oder nicht! Was schert es ihn, wenn man mit Hilfe von Noten in der Schule nachprüft, ob man fromm Bibelsprüche runterbeten oder sonst nachweisen kann, dass man brav im Unterricht seinen katholischen oder sonst einen Glauben gefestigt hat.

Der Religionsunterricht ist fest in den Tiroler Gehirnen einzementiert und so unverrückbar wie die Berge. An diesem Status quo wird sich nichts ändern. Nicht einmal ein politisch-religiöses Erdbeben am Sanktnimmerleinstag.

Es sei denn, ER erhört folgende Bitte: Herr, wirf Hirn herunter!

Sylvia Dürr

### Ich möchte:

- die regelmäßige Zusendung der Zeitung „TiVoLi“
- die regelmäßige Zusendung des „TiVoLi“-Newsletter
- die Zusendung des „TiVoLi“-Newsletters
- eine Probenummer der GLB-Zeitung „die arbeit“
- eine Probenummer der Zeitung „volksstimmen“
- persönlich Kontakt aufnehmen, meldet euch bei mir

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Email: \_\_\_\_\_

Bitte an TiVoLi, Gumpstr. 36, Pf 817, 6020 IBK zurücksenden